



CDU-Landesgruppe
Baden-Württemberg

Fürs Ländle in Berlin!

2. Juni 2017



Frohe Pfingsten!

Eine ereignisreiche Berliner Woche liegt hinter uns. Für die CDU-Landesgruppe standen dabei die „großen Themen“ wie die Frage der Neuordnung der Bund-Länder-Beziehungen genauso im Mittelpunkt wie die regionalen Fragen - in diesem Fall die Unterstützung für frostgeschädigte Landwirte. Über all das und noch mehr lesen Sie in diesem Newsletter.

Bundestagswahl im Blick



Bei einem Treffen mit Bundeskanzleramtsminister Peter Altmaier haben sich die Mitglieder der Landesgruppe über aktuelle Themen ausgetauscht. Im Fokus standen insbesondere auch die Schwerpunkte für den anstehenden Bundestagswahlkampf. Altmaier koordiniert für die CDU die Erstellung des Wahlprogrammes, weshalb es für ihn wichtig war, mit den Abgeordneten wesentliche Forderungen aus baden-württembergischer Sicht zu beraten. In den kommenden Wochen findet ein breiter Beteiligungsprozess mit den CDU-Mitgliedern und wichtigen gesellschaftlichen Gruppierungen seinen Abschluss, bevor im Juli dann die Schwerpunktthemen präsentiert werden. Innere Sicherheit, eine gerechte Steuer- und Finanzpolitik, Eigenheimförderung und Infrastruktur sowie die uns verbindenden Werte werden wesentliche Säulen sein, auf denen sich das Wahlprogramm stützen wird.

Die ländlichen Räume zukunftsfest machen



Von **Volker Kauder** (Wahlkreis Rottweil-Tuttlingen), Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion:

„Für unsere ländlichen Räume stellt die alternde Gesellschaft eine große Herausforderung dar. Sie müssen mit Arbeitsplätzen und öffentlichen Einrichtungen attraktiv bleiben, wenn es gelingen soll, dass auch junge Bevölkerungsteile in ihrer ländlichen Heimat bleiben und vielleicht sogar neue Menschen zuziehen. Für die Wirtschaft im ländlichen Raum stellt sich zudem die Gewinnung von Fachkräften als eine bedeutende Wachstumsfrage dar.“

Damit junge Menschen in den ländlichen Räumen beheimatet bleiben und sich nicht von den Vorzügen des Lebens in Ballungsgebieten verführen lassen, muss die öffentliche Infrastruktur stimmen. Für unsere Heimat Baden-Württemberg heißt dies ganz konkret, dass die noch offenen Bundesstraßenprojekte angepackt werden müssen. Landauf landab haben es viele Straßenbauvorhaben in den Vordringlichen Bedarf des Ende letzten Jahres vom Bundestag beschlossenen Bundesverkehrswegeplans 2030 geschafft. Nun geht es darum, möglichst schnell auch die konkreten Finanzierungsschritte zu klären, was in vielen Städten und Landkreisen bereits geschieht.

Neben der Infrastruktur hat auch die Gesundheitsversorgung zentrale Bedeutung für die Attraktivität des ländlichen Raumes. Der Bund hat mit einer Reihe von Programmen Anreize geschaffen, damit sich junge Ärztinnen und Ärzte im ländlichen Raum niederlassen. Auch für Krankenhäuser wurden finanzielle Mittel zur Verfügung gestellt. Entscheidend wird aber vor allem sein, dass es gelingt, für diese Krankenhäuser auch qualifizierte Fachärzte zu finden. Gelingt dies nicht, weichen gerade die jüngeren Patienten – sofern es sich nicht um einen Akutfall handelt – für Diagnostik und Therapie auf Krankenhäuser ihrer Wahl aus. In diesem Fall wird es für die Krankenhäuser im ländlichen Raum immer schwieriger werden, dauerhaft kostendeckend zu arbeiten.

Ergänzend ist Ende des letzten Jahres ein neuer Aspekt aus dem Bereich der Gesundheitsversorgung hinzugekommen, der seitdem eine hochpolitische Diskussion nach sich zieht: Der Europäische Gerichtshof hat entschieden, dass die Preisbindung für verschreibungspflichtige Medikamente unzulässig ist, wodurch auch auf diese Medikamente Rabatte gewährt werden dürfen. Die Apotheker fürchten nun – meiner Meinung nach zu Recht –, dass diese Entscheidung für die Präsenzapothek im ländlichen Raum eine neue Belastung darstellen wird. Dabei ist die Präsenzapothek gerade im ländlichen Raum aufgrund der hohen Anzahl älterer Menschen unabdingbar. Es ist ja schön und gut, dass man im Internet auch verschreibungspflichtige Medikamente bestellen kann. Es darf aber nicht so weit kommen – wie wir es bereits aus dem Lebensmitteleinzelhandel kennen –, dass der Großteil der Medikamente im Internet bestellt und die Präsenzapothek nur noch bei Notfällen am Wochenende und in der Nacht aufgesucht wird. Das wird so nicht funktionieren.

An all diesen Beispielen sehen wir, dass wir im ländlichen Raum besonders herausgefordert sind. Die CDU sollte dies nutzen und beweisen, dass wir die einzige Partei sind, die sich für die ländlichen Räume stark macht. Darauf müssen wir auch im Bundestagswahlkampf immer wieder hinweisen.“

Dialog mit Daimler



Einen interessanten Gesprächspartner hatten die Mitglieder der Landesgruppe am vergangenen Montag zu Gast: mit Eckart von Klaeden (3. von rechts) stand der Konzernbevollmächtigte von Daimler Rede und Antwort. Themen wie Elektromobilität, Autonomes Fahren, Carsharing und Lieferverkehre der Zukunft wurden dabei diskutiert. Breiten Raum nahmen auch die aktuelle Diesel-Affäre und die Luftreinhaltungspläne in Stuttgart ein. Dabei waren sich alle Beteiligten einig, dass die Automobilfirmen Vertrauen bei den Kunden verspielt haben. Man sei aber auf einem guten Weg, eine technische Lösung für das Problem zu finden. Die Einführung einer Blauen Plakette ist von Seiten der Bundesregierung nicht vorgesehen, weil Fahrverbote für ganze Gesellschaftsgruppen nicht zielführend sind.

Bund-Länder-Beziehungen neu geordnet



Der Bundestag hat ein umfangreiches Gesetzespaket für die Neuordnung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen beschlossen. Damit wird der Finanzkraftausgleich zwischen den Ländern neu geregelt – der Bund kommt den Ländern finanziell weit entgegen und erhält dafür zusätzliche Beteiligungs- und Kontrollrechte. "Wir müssen in einem Bundesstaat gemeinsame Lösungen zwischen Bund und Ländern entwickeln", bekräftigt Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble die Notwendigkeit einer solchen Neuregelung.

Kern des Gesetzespakets ist die Neuordnung des Bund-Länder-Finanzausgleichs nach dem Auslaufen der bisherigen Regeln und dem Ende des Solidarpakts II für Ostdeutschland. Nach der verfassungsrechtlichen Schuldenregel dürfen die Länder ab 2020 keine neuen Schulden mehr aufnehmen. Dafür erhalten sie jährlich knapp zehn Milliarden Euro vom Bund. Im Gegenzug bekommt der Bund mehr Kompetenzen und Kontrollmöglichkeiten. Teil des Pakets ist auch eine Lockerung des Kooperationsverbotes zwischen Bund und Ländern bei den Schulfinanzen. So wird die verfassungsrechtliche Grundlage dafür geschaffen, dass der Bund finanzschwache Kommunen bei der Sanierung von Schulen unterstützen kann – hierfür werden rund 3,5 Milliarden Euro bereitgestellt.

Ebenfalls im Paket enthalten: der Ausbau von Autobahnen und Bundesstraßen. Dieser wird künftig über eine Infrastrukturgesellschaft organisiert – das baut Reibungsverluste zwischen Bundes- und Länderzuständigkeiten ab und sorgt dafür, dass die Autobahnen bundesweit

auf einheitlich hohem Niveau geplant, gebaut und unterhalten werden können. Eine Privatisierung der Autobahnen wird dabei im Grundgesetz ausgeschlossen. Zudem wird der Unterhaltsvorschuss für Alleinerziehende ausgeweitet. Bisher bestand Anspruch auf Unterhaltsvorschuss nur für Kinder bis 12 Jahren und maximal 72 Monate lang. Künftig gilt er für Kinder und Jugendliche bis zum 18. Geburtstag und ohne Begrenzung der Leistungsdauer. Für Alleinerziehende und ihre Kinder, die auf Leistungen aus dem Arbeitslosengeld II angewiesen sind, gibt es darüber hinaus einige Sonderregelungen.

Betrieben bei Frostschäden unbürokratisch helfen



Unter dem Eindruck der Frostschäden bei Winzerinnen und Winzern setzt sich die CDU-Landesgruppe für den Schutz vor Witterungsrisiken für Landwirtinnen und Landwirte ein. Kordula Kovac und Alois Gerig hatten die Forderungen vorbereitet - und das Papier wurde im Rahmen der letzten Landesgruppensitzung an den Verantwortlichen für das CDU-Regierungsprogramm, Peter Altmaier, übergeben. Die Forderungen im Einzelnen:

- Die von der Union eingeführte steuerliche Tarifglättung soll zu einem wirksamen Instrument der betrieblichen Risikovorsorge weiterentwickelt werden.
- Die Mehrgefahrenversicherungen soll verbessert werden: Wir brauchen eine Entwicklung und Förderung von geeigneten Versicherungslösungen für den gesamten Obstbau, damit sich mehr Landwirte besser gegen natürlich bedingte Ertragsausfälle absichern können.
- Beihilfen im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe für Agrarstruktur und Küstenschutz (GAK) sind nötig: Investitionen in Frostschutzanlagen müssen gefördert werden.
- In der Pflanzenzüchtung müssen Resistenzen gegen Extremwetterlagen vorangebracht und Anbautechniken an den Klimawandel angepasst werden. Das Ziel ist es, dass durch Forschung und Innovation praxisgerechte Lösungen entwickelt werden. Landwirtinnen und Landwirte können sich so wirksamer gegen Frost, Starkregen, Hagelschlag, Trockenheit und Stürme schützen.

Familienpolitik im Fokus des Kirchentages



Der 36. Deutsche Evangelische Kirchentag war diesmal ein besonderes Glaubensfest, da er wegen des Reformationsjubiläums erstmals an zwei Orten stattfand - in Berlin und in Wittenberg. Zu den über Hunderttausend Dauerteilnehmern gehörten auch viele Gläubige aus Baden-Württemberg. Es gab mehr als 2.000 Veranstaltungen. Zu den Höhepunkten zählte der Auftritt des früheren US-Präsidenten Barack Obama mit Bundeskanzlerin Angela Merkel vor dem Brandenburger Tor in Berlin. Parallel dazu diskutierte die Parlamentarische Staatssekretärin **Annette Widmann-Mauz** (Wahlkreis Tübingen) mit Vertreterinnen von SPD, Linkspartei und Journalisten zur Familienpolitik. Einige der Diskussionsbeiträge waren weniger vom Bemühen um eine gute Politik für Familien, sondern eindeutig dem Wahlkampf geschuldet. Familienministerin Schwesig klagte über das Scheitern des geplanten Gesetzes für ein Rückkehrrecht von einem Teilzeit- auf einen Vollzeitarbeitsplatz. Dies konterte Annette Widmann-Mauz, Vorsitzende der Frauen Union der CDU, in dem sie den Ball an die SPD zurückspielte. Die Bundesarbeitsministerin hatte den Auftrag, mit den Tarifparteien gemeinsam eine Lösung zu finden. Andrea Nahles hat es versäumt, die Wirtschaft rechtzeitig ins Boot zu holen. Es fehlte eindeutig an Kompromissbereitschaft. Die Frauen Union der CDU hat in dieser Legislatur immer wieder einen Gesetzentwurf zum Rückkehrrecht gefordert. Ministerin Nahles hat bis zur letzten Minute gewartet. Wahltaktik leitet sie, nicht die Sorge um Frauen in Teilzeit. Bei der weiteren Diskussion sprach sich die Vorsitzende der Frauen Union Annette Widmann-Mauz für flexible Zeitmodelle, verlässliche und qualitätsvolle Kinderbetreuung auch im Grundschulalter sowie finanzielle Förderung von Familien durch ein „Familienkombi“ aus mehr Kindergeld und höherem Kinderfreibetrag sowie mehr Baukindergeld aus.

Ein starker Anziehungspunkt waren die Stände der CDU-Vereinigungen auf dem Markt der Möglichkeiten auf dem Messegelände in Berlin. Neben zahlreicher bundespolitischer Prominenz der CDU wie Kanzleramtsminister Peter Altmaier oder CDU-Generalsekretär Peter Tauber freute sich Annette Widmann-Mauz auch über viele Kirchentagsbesucherinnen- und besucher aus Baden-Württemberg am Stand der Frauen Union. Themen wie die Steuerklassenwahl und die Vorteile des Faktorverfahrens, die finanzielle Entlastung von Familien oder bessere Kitas wurden hier engagiert diskutiert.

Pauschalreiserichtlinie verabschiedet



Von **Michael Donth** (Wahlkreis Reutlingen), stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für Tourismus:

„Der Deutsche Bundestag hat in dieser Woche das Umsetzungsgesetz zur neuen EU-Pauschalreiserichtlinie verabschiedet. Diese ersetzt eine Richtlinie aus den 1990er Jahren, die die Neuerung der Online-Buchungen von Pauschalreisen nicht umfasste. Ziel der Richtlinie war eine deutlich stärkere Haftung der Reiseanbieter, vor allem, wenn sie mehrere Leistungen zusammen verkauften - z.B. Flug und Hotel und Mietwagen. Für uns war dies problematisch, da die Struktur unserer mittelständischen, meist familiengeführten Reisebüros als Vermittler von Pauschalreisen in der übrigen EU - außer Österreich - unbekannt ist. Da aber für diese Richtlinie die sogenannte Vollharmonisierung gilt, gibt es wenig Spielraum bei ihrer Veränderung und Umsetzung in deutsches Recht. Diesen haben wir genutzt, um unsere mittelständischen Reisebüros nicht zu gefährden. Ohne unser Gesetz würde die Richtlinie so gelten, wie sie aus Brüssel kommt. Das wäre fatal.“

In den Beratungen haben wir darauf gedrungen, dass der gesetzliche Anwendungsbereich klarer definiert wird und damit der Umfang der betroffenen Fälle reduziert wird. So gilt die zusätzliche Haftung zum Beispiel nicht, wenn bei einem Reisebüro ausschließlich eine Ferienwohnung vermittelt wird. Tagesreisen bis zu einem Wert von 500 Euro und Fahrten von Kirchen und Vereinen fallen ebenfalls nicht unter das Gesetz. Für solche Verträge gelten die allgemeinen deutschen Vertrags-, Haftungs- und Verbraucherschutzvorschriften. Bei Online-Buchungen greift der Schutz des Gesetzes erst mit der Buchung selbst, so dass Online-Werbung, -Angebot oder -Informationen, z.B. der Touristeninformationen, davon unberührt bleiben.

Seither durfte ein Anbieter bis 20 Tage vor Beginn der Pauschalreise den Preis einseitig um bis zu 5 Prozent erhöhen, falls z.B. Treibstoffkosten entsprechend gestiegen waren und der Vertrag dies ausdrücklich vorsah. Dies erhöht sich nun, was Verbraucherschützer bemängeln, auf 8 Prozent. Justizminister Maas (SPD) wollte ursprünglich die Reisebüros nur dann aus der Gesamthaftungsverantwortung für sogenannte „verbundene Reiseleistungen“ - also keine Katalog-Pauschalreise, sondern mehrere Einzelleistungen wie Flug, Hotel, Opernbesuch, etc. - nehmen, wenn auch jede einzelne Leistung separat abgerechnet und separat überwiesen worden wäre. Auch dies konnten wir als AG Tourismus der CDU/CSU-Fraktion verhindern. Der Kunde darf weiterhin alles in einem Betrag überweisen.“

Reden & Videos

Plenarsitzungen, Beiträge und Reden der baden-württembergischen CDU-Abgeordneten sind jederzeit abrufbar unter bundestag.de/mediathek.

Weitere Informationen finden Sie im Angebot CDU/CSU-Fraktion unter



Pressemeldungen

Aktuelle Pressemeldungen der CDU-Landesgruppe finden Sie unter www.cdu-lg-bw.de.

Kontakt

Platz der Republik
Paul-Löbe-Haus
11011 Berlin

Tel. 030 / 227 - 70269
Fax 030 / 227 - 76251

info@cdu-lg-bw.de
www.cdu-lg-bw.de

Fotos: Fotolia/travelwitness (Reichstag) Nicole End (Weinrebe).

Impressum:

CDU-Landesgruppe Baden-Württemberg

Platz der Republik 1

11011 Berlin

[*Newsletter abbestellen*](#)